

Kurzinformationen

zusammengestellt von B. Basting, Th. Hoffmann und R. Pradhan

Aufstockung des Kabinetts

Nepal unterhält derzeit das größte Kabinett seiner Geschichte. Die langfristigen Interessen des Staates unterlagen einmal mehr den kurzfristigen Interessen der regierenden Parteien. Künftig wird das Land die Last eines 44köpfigen Kabinetts tragen müssen. Diese Erweiterung des Kabinetts wird weder der Nation noch dem Volk zum Vorteil reichen.

Ratschläge an Regierung

Erstmals nach seinem Helikopterunfall vom 14. August vergangenen Jahres wohnte der Präsident der UML, Man Mohan Adhikari, einer Sitzung des Parlamentes bei. In seiner Rede betonte er, daß die frühere UML-Regierung solide Arbeit mit dem Ziel der Entwicklung des Landes geleistet und die Beziehungen Nepals zu Indien verbessert habe. Er riet der Koalitionsregierung, diesen Erfolg nicht zu mißachten und nichts zu unternehmen, das den Geheimdienst, die Königliche Armee oder die Polizei spalten könne.

Anläßlich einer Veranstaltung seiner Partei in Kathmandu sagte er ferner: "Wir sind gezwungen eine gewisse Zeit in der Opposition zu verharren, werden jedoch binnen vier bis sechs Monaten in der Lage sein, die Macht zurückzuerobieren und uns erneut zum Wohle unseres Volkes engagieren. Niemand wird unseren Sieg stoppen," so Adhikari. "Alarmiert von der Popularität, die wir in der Regierungsverantwortung erlangten, gestanden es uns die vormaligen Oppositionsparteien nicht zu, einen Haushaltsentwurf vorzulegen und betrieben stattdessen unseren Sturz. Wir aber respektierten die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes und übergaben die Macht friedfertig. Gibt es einen klareren Beweis unserer demokratischen Gesinnung?"

"Die Koalitionsregierung scheint keine klare Vorstellung ihrer eigenen Politik und Programme zu haben," äußerte sich Adhikari. "Zwischen

den Koalitionspartnern besteht keine Einigkeit, jeder ist nur bestrebt, die eigenen Ziele zu verfolgen. So lassen sich vier Fraktionen ausmachen, wobei die NDP maximalen Nutzen aus der Situation zieht und statt an das Wohl des Volkes zu denken, jenen noch zu erweitern sucht.

Die UML-Regierung hatte sich auf verschiedene offene Fragen mit Indien konzentriert und in diesem Zusammenhang die Zustimmung Indiens zur Überarbeitung des Friedens- und Freundschaftsvertrages von 1950 sowie der Tanakpur-Frage erreicht. Die Koalitionsregierung sollte diese Fragen aufgreifen und weiterführen, da sie nun in der Verantwortung steht, die Außenpolitik zu gestalten und die Wasserfrage zu entscheiden." Bezüglich der Frage, ob Nepal Japan oder Indien in ihrem Bemühen um einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat zu erlangen unterstützen werden, sprach sich Adhikari aus wirtschaftlichen Erwägungen zugunsten Japans aus.

Debatte über Koalitionsregierung

Die "Allianz für Demokratie" veranstaltete am 24. November vergangenen Jahres in Kathmandu ein Symposium zur bisherigen Arbeit und Zielsetzung der Koalitionsregierung. Premierminister Sher Bahadur Deuba sagte, er wolle der Bevölkerung keine hohlen Versprechungen machen und klagte die politischen Parteien an, dafür verantwortlich zu sein, daß die Erwartungshaltung in der Bevölkerung aufgrund überzogener Versprechungen ansteige. Der Führer der 'Nepali Congress' Partei, G. P. Koirala, hingegen betonte, daß die Koalitionsregierung nur dann stark werden könne, wenn sie von den jüngsten Erfahrungen in Sachen Demokratie lernen würde. "Solange die weitere Entfaltung der Demokratie ermöglicht wird, ist es unbedeutend, welche Partei die Regierung stellt. Die Koalitionsregierung hat in diesem Sinne die Bühne bereitet, um Instabilitäten zu begegnen. Dies sollte im nationalen Einverständnis gesche-

hen."

Surya Bahadur Thapa, Präsident der an der Regierung beteiligten Nationaldemokratischen Partei, sagte: "Gewisse einflußreiche Elemente versuchen, die Koalitionsregierung zum Scheitern zu bringen. Einige von ihnen schmieden Allianzen zum Sturz der Regierung und ergehen sich in Intrigen, die der Demokratie abträglich sind."

Thapa empfahl der Regierung daher, Schritte zur Eliminierung dieser Gefahr einzuleiten. Im gleichen Rahmen äußerte sich auch Man Mohan Adhikari und leugnete, daß seine Partei in irgendeine Konspiration verwickelt sei. "Nach unserer Überzeugung kollidiert der Urteilspruch des Obersten Gerichts bezüglich der Rekonstituierung des Parlamentes mit einigen Artikeln der Verfassung", so Adhikari. Jene die an die Macht kommen wollen, indem sie die Kommunisten ausschalten forderte er auf, solche Pläne nicht weiter zu verfolgen, da diesen kein Erfolg beschieden sein wird.

Keine überzogenen Versprechungen

In einem Interview mit der Zeitschrift 'Dristi' sagte Premierminister Deuba Ende November 1995, daß die Koalitionsregierung solange Bestand haben werde, wie er die Mehrheit im Parlament anführe. An ein Scheitern aufgrund der parteiinternen Probleme der NDP sei nicht zu denken. Weder gebe es geheime Absprachen zwischen der NDP und dem 'Nepali Congress' zur Erhaltung der Macht, noch gebe es eine Alternative zur derzeitigen politischen Konstellation.

Auf die Frage, warum die Koalitionsregierung bislang nicht mit konkreten Ergebnissen aufwarten könne, antwortete Deuba, daß diese Frage nach einer Amtszeit von zwei Monaten zu früh komme, ehe diesbezüglich Kritik berechtigt sei. "Wir prüfen, was möglich ist und wollen der Bevölkerung vor allem keine unrealistischen Versprechungen machen."

Mit Blick auf die Außenpolitik sagte der Premierminister, daß ein kleines Land wie Nepal darauf be-

dacht sein muß, mit allen Nachbarstaaten gleich gute Beziehungen zu unterhalten. "Einerseits wollen wir nicht auf Kosten der Irritation unserer Nachbarn irgendwelche Vorteile erzielen, müssen andererseits aber angesichts der sich wandelnden globalen Situation unserer Außenpolitik ein neues Profil verleihen. Um diese Schwierigkeit zu meistern, haben wir eigens eine Expertenkommission eingerichtet und ich bin sicher, daß wir unsere neue Außenpolitik an deren Vorschlägen orientieren können. So haben wir derzeit auch noch nicht entschieden, ob wir Indien oder Japan in ihrem Bemühen um einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat unterstützen werden."

Wirtschaftsprogramm der Regierung

Danach befragt, was für ihn die Priorität seiner Wirtschaftspolitik darstelle, antwortete Deuba: "Ausländische Investoren zu gewinnen ist das wichtigste. Denn ohne massiven Kapitalfluß ins Land, der die Industrialisierung und die Steigerung der Exportrate erleichtern würde, wird es in Nepal keine Entwicklung geben." Sein Außenminister, Dr. Prakash Chandra Lohani, der auch für Außenwirtschaftspolitik zuständig ist, stützt diese Ansicht. Fortan sei "ökonomische Diplomatie" angesagt. Dr. Madhukar Rana, ein Mitglied der neugegründeten staatlichen Wirtschaftskommission, meint, Nepal könne sich im Zuge der ökonomischen Globalisierung keine "Bettler-Mentalität" mehr leisten. Entwicklungshilfe dürfe nicht länger das Rezept sein, sondern Außenhandel und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Die Kommission ließ verlauten, Nepal's Wasserressourcen und sein Arbeitskräftepotential sollen fortan als Exportgüter etabliert werden. Für Indien ist das sicherlich keine gute Nachricht. Delhi betrachtet Wasser als einen strategischen Faktor. Indiens Außenminister Pranab Mukherjee wird Kathmandu am 26. Januar besuchen und aus gut informierten Kreisen verlautet, das Thema werde ganz oben auf der Tagesordnung stehen. Deuba wird dann Ende Februar einen Gegenbesuch in Delhi abstaten.

Die Staudamm-Kontroverse hält an

Im August 1995 zog sich die Weltbank aus der Finanzierung des umstrittenen Wasserkraftprojektes

Arun III im Osten des Landes zurück. Jetzt deutet die Koalitionsregierung, bestehend aus 'Nepali Congress', der 'Rastriya Prajatantra Partei' (RPP) und der 'Nepal Sabhavana Partei' (NSP) an, daß sie die Absicht habe, Arun III erneut auf den Plan zu rufen.

Der Rückzug der Weltbank war als ein Erfolg der Mobilisierung und Organisierung der Bevölkerung gewertet worden. Massiver Druck und anhaltende Proteste der Massenorganisationen, nationaler und internationaler Nichtregierungsorganisationen sowie Unstimmigkeiten innerhalb der CPN-UML gegenüber dem Projekt hatten die Bank zum Nachgeben gezwungen.

Ironischerweise trug die Bank selbst zu ihrer Niederlage bei, indem sie eine insbesondere auf die sozio-ökonomischen und ökologischen Folgen des Projektes fokussierte Studie in Auftrag gab, deren Ergebnis die Aufgabe des Projektes empfahl. Die gegen das Projekt vorgebrachten Bedenken umfassten die Kosten für die Errichtung, die Vetreibung Tausender aus ihren Dörfern sowie die ökologische Schädigung des Arun-Tales, die zu Überschwemmungen und Erdbeben führen würde. Weitere Einwände richteten sich gegen die Konditionen der Finanzierung, welche die Regierung zwingen würde, zehn Prozent ihres Entwicklungsbudgets für Arun III aufzubringen; Geld, das im Bildungs- und Gesundheitssektor dringend benötigt wird. Die Gegner von Arun III weisen immer wieder darauf hin, daß sie nicht gegen die Nutzung von Wasserkraft sind, sondern daß sich ihr Protest einzig an den Dimensionen des geplanten Projektes entfacht, wohingegen kleindimensionierte, der lokalen Bevölkerung zugute kommende Wasserkraftanlagen in ihrem Sinne sind.

Unterdessen hat der Minister für Wasserressourcen, Pashupati Shamsher Rana, zur Frage der Nutzung von Wasserkraft wie folgt Stellung bezogen: "Ich habe immer wieder gesagt, daß die Implementierung eines guten Wasserkraftwerkes wie Arun III keine Frage ist. Die Frage kann nur auf das wie und das wann ausgerichtet sein. Die Koalitionsregierung hat eine Reihe von Schritten unternommen, um das Projekt noch einmal zu überprüfen. Zudem sind wir im Gespräch mit der Weltbank, mit der US-amerikanischen Regierung sowie mit der privaten Wirtschaft. Auf dieser Basis werden wir uns für die beste Alternative entscheiden. Unterdessen

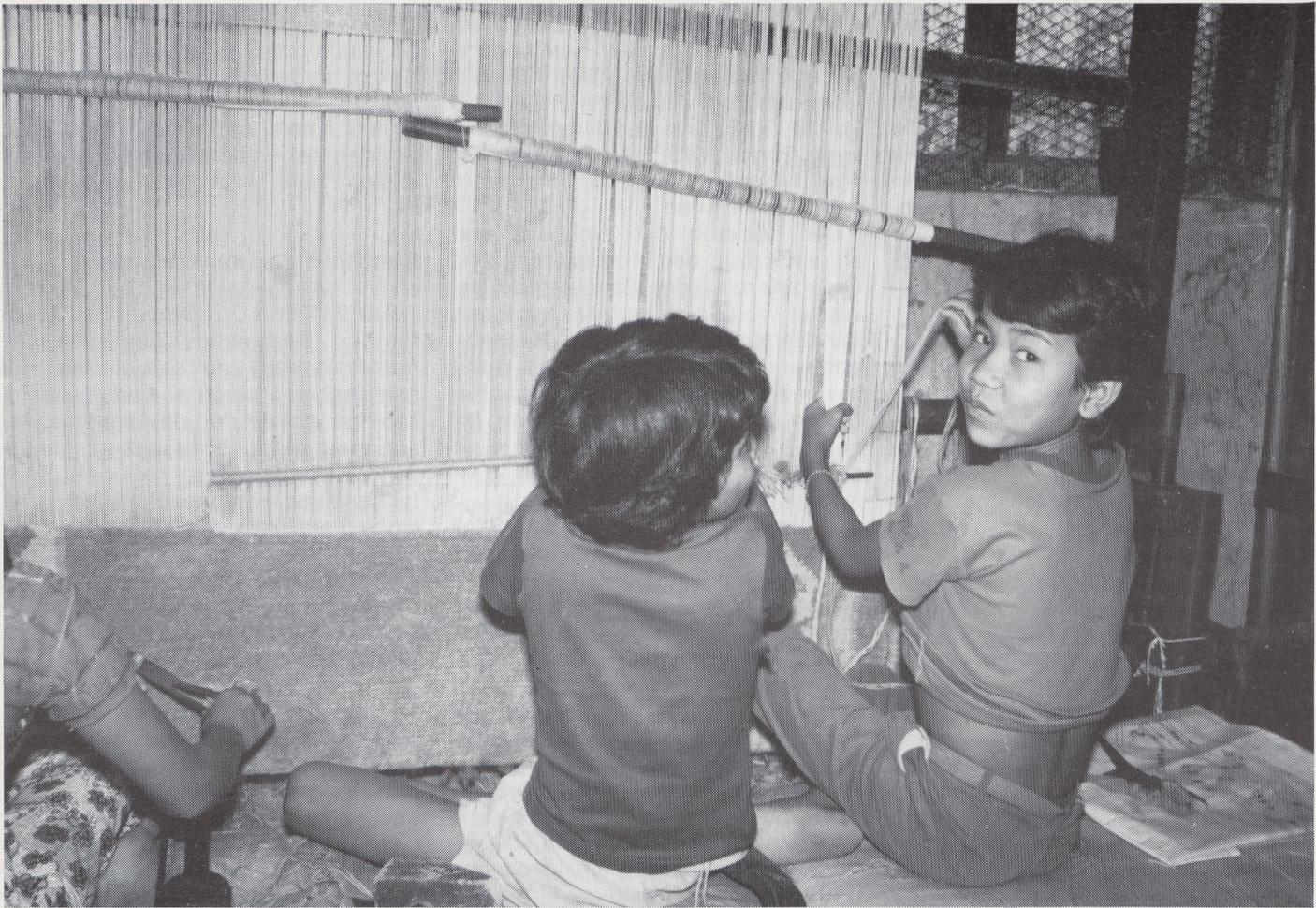
greifen wir sowohl im staatlichen als auch im privatwirtschaftlichen Sektor andere Projekte wie das im Kaligandaki-Tal, am Bhote-Koshi, Khimti Khola und Marsyangdi auf, um den nationalen Energiebedarf zu decken, bis Arun III fertiggestellt ist."

Abnehmende Teppichexporte

Am 21. und 22. November 1995 fand in Kathmandu eine von der nepalesischen und der deutsch-nepalesischen Industrie- und Handelskammer sowie der deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft ausgerichtete nationale Konferenz statt, welche die Einführung eines Zertifikats für Umweltfreundlichkeit der nepalesischen Teppichexporte diskutierte. Dhundi Raj Shastri, der Industrieminister Nepals, betonte, daß das Problem im Interesse der nepalesischen Exportwirtschaft ernst genommen werden müsse, gerade weil Teppiche Nepals wichtigstes Exportgut seien. In jüngster Zeit ist allerdings ein Rückgang der Exportzahlen zu beobachten, der einerseits auf den Einsatz giftiger Farbstoffe und andererseits auf das Problemfeld Kinderarbeit zurückzuführen sei. Sollten diese Probleme gelöst werden, sieht Dhundi Raj Shastri eine ermutigende Zukunft des Teppichexports voraus. Für die Kontrolle der Kinderarbeit steht die Regierung in der Verantwortung, hinsichtlich des Problems Farbstoffe ist sie jedoch auf die Kooperation mit der Privatwirtschaft angewiesen.

Nepalesisch-Bhutanesische Beziehungen

Die Beziehungen zwischen den beiden Nachbarstaaten erlebten einen spürbaren Wandel, als bhutanesischen Flüchtlinge, die ihr Heimatland durch westbengalisches Territorium verlassen wollten, gewaltsam aufgehalten wurden. Weder Kathmandu noch Delhi haben den Vorgang offiziell kommentiert. Aber eine hochrangige Quelle aus dem Außenministerium ließ durchblicken: "Nun ist Indien auch offiziell involviert. Das Problem der bhutanesischen Flüchtlinge ist nicht länger eine nur bilaterale Angelegenheit zwischen Nepal und Bhutan." Bis vor kurzem noch hat Indien insistiert, daß das Problem von Nepal und Bhutan allein angegangen werden sollte; Indien sei keine Partei in dem Streit. Aber jetzt hinderten sie die Bhutanesen



Bei dem Problem der Kinderarbeit in der Teppichindustrie steht die Regierung in der Verantwortung (Foto: Walter Keller)

daran, in ihr Heimatland zurückzukehren. Nepalesischstämmige Bhutanesen hatten geschrieben: "Deportiert uns nach Bhutan, nicht nach Nepal!" Den Protestlern gelang es, ein Memorandum zur Indischen Botschaft nach Kathmandu zu senden, in dem sie sich über das indische Verhalten beschwerten. "Friedensmarschierer nach Thimphu" waren ungefähr fünf Kilometer südlich von Phuntsholing, dem Tor nach Bhutan, von indischen Sicherheitskräften aufgehalten und inhaftiert worden. Unter den Festgenommenen befanden sich der Präsident der Bhutanesischen Volkspartei, R.K. Budathoki, und der Generalsekretär der Nationaldemokratischen Partei Bhutans, D.N.S. Dhakal. All das passierte am 6. Januar. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte Indien nur verkehrspolizeilich agiert im Hinblick auf die Bhutanesen, die vom Königlichen Regime in Thimphu ausgewiesen worden waren. Man hatte keine Anstalten gemacht, sie zu stoppen oder in Indien zu halten. Kathmandu war enttäuscht darüber, aber aus verständlichen Gründen war keine offizielle Beschwerde ergangen. Was Indien

beabsichtigt, ist klar: Laß die beiden kleinen Nachbarn nur miteinander streiten. Aus dieser Konfrontation im Himalaja werden sich für Indien nur Vorteile ergeben. Frühere Ereignisse zeigen, daß Indien immer Pro-Bhutanesisch eingestellt gewesen ist in dieser Frage.

Nepal-Indien-Japan

Nepal befindet sich in einer Zwickmühle. Indien und Japan streben beide den für Asien vorgesehenen nicht-ständigen Sitz im Sicherheitsrat an, welcher am Ende des nächsten Jahres eingerichtet wird. Tokio hat Kathmandu klargestellt, daß "ganz Japan den Beistand Nepals erwartet. Auf diese Weise wurde Indiens "traditionelle Bande der Freundschaft mit dem engen Nachbarn" beschworen. Für Nepal ist das eine verfahrenere Situation, aus der sie nur als Verlierer hervorgehen kann. Japan will den Sitz im Sicherheitsrat, Nepal will Entwicklungshilfe und Investitionen von Japan. Indien möchte dasselbe und Nepal schließlich will viel mehr als das vorher - zum Zeitpunkt des Sturzes des Königsgeführten

'panchayat'-Regimes - von Interimspremier K.P. Bhattaraj Ausgehandelt. Was wird nun geschehen? Lohani sagte, Nepal werde wohl dafür plädieren, daß die beiden Streitparteien den Konflikt unter sich ausmachen. Der eine muß sich zugunsten des anderen verhalten, ähnlich wie Sri Lanka dies für Süd-Korea getan hat.

Nepal und Deutschland

Vom 5.-7. Dezember 1995 fanden in Kathmandu bilaterale Gespräche zwischen Deutschland, vertreten durch Dr. Wolf Preuss, den stellvertretenden Direktor des BMZE, und Nepal statt. Deutschland versprach für das Jahr 1995/96 eine finanzielle Unterstützung in Höhe von 2,03 Milliarden Rupien für insgesamt zwölf Projekte im Rahmen seines Entwicklungsprogramms. Rund 1,2 Milliarden Rupien davon werden als finanzielle Kooperation gewährt, während 913 Millionen Rupien in Form von technischer Zusammenarbeit zur Verfügung gestellt werden. Die finanzielle Unterstützung wird im Bereich der Familienplanung, Bio-

gastechologie, zum Bau einer Brücke in Samari, zum weiteren Ausbau des Tribhuvan Highways sowie für ein Stadtentwicklungsprogramm eingesetzt werden. Die technische Zusammenarbeit konzentriert sich auf die Fortführung fünf bereits laufender Projekte, sowie drei neuer Projekte im Bereich der Einkommenssteuerverwaltung, der Förderungen des privaten Wirtschaftssektors und des "Food for work"-Programmes. Darüberhinaus stellt die deutsche Seite für das Jahr 1996 zwanzig Stipendien zur Verfügung.

Beide Seiten bestätigten als künf-

tige Felder der Entwicklungszusammenarbeit die Bereiche Privatwirtschaft, Gesundheitswesen und Familienplanung, Infrastrukturentwicklung und Energiegewinnung. Ferner diskutierten sie über ungelöste Probleme in laufenden Projekten, die in Nepal mit deutscher finanzieller oder technischer Hilfe unterhalten werden. Auch drei Projekte im Energiesektor wurden besprochen, namentlich das Middle Marsyangdi-Projekt, das Chameliya-Projekt und ein Umspannwerk. Weitere Projekte im Bereich der Kinderwohlfahrt und der Landwirtschaft wurden angesprochen.

WFP-Unterstützung fortgesetzt

Das World Food Programme sicherte Nepal für einen Zeitraum von zwei Jahren beginnend am 1. Dezember 1995 die weitere Unterstützung zur Versorgung der gegenwärtig 90.000 bhutanesischen Flüchtlinge im Lande zu. Im Wert von 900 Millionen Rupien wird das WFP Nahrungsmittel zur Verfügung stellen und "Food for Work" Projekte einrichten. Besondere Unterstützung soll vorrangig verwundbaren Gruppen wie Alten und Kindern unter fünf Jahren zukommen.

Kommentar:

Schonfrist für Premier Deuba abgelaufen

von Ram Pradhan

Die 'Nepali Congress' (NC)-Regierung unter Sher Bahadur Deuba ist seit vier Monaten im Amt, die übliche "Schonfrist" von einhundert Tagen ist abgelaufen, und die Noten der Kritiker fallen für Deuba nicht sehr günstig aus. Vor allem von Seiten der bis zu Deubas Machtübernahme regierende 'Communist Party of Nepal - United Marxist-Leninist' (CPN-UML) wird der neuen Regierung vorgeworfen, alle Fortschritte, die die vorherige Regierung machte, wieder zu zerstören. Der "starke Mann" der CPN-UML, Madhav Kumar Nepal, hat offensichtlich noch nicht verdaut, daß der Oberste Gerichtshof der kommunistischen Regierung ein Ende bereitet und den Weg für die Drei-Parteien-Koalition aus 'Nepali Congress', 'Rastriya Prajatantra Party' (RPP: Royalisten) und 'Nepal Sadbhavana Party' (NSP) freigemacht hatte.

Doch im wesentlichen macht sich die Regierung durch parteiinterne Machtkämpfe innerhalb des 'Nepali Congress' das Leben selbst schwer. Zwar haben der Parteivorsitzende Krishna Prasad Bhattarai und Ex-Premier Girija Prasad Koirala einmütig Interessengegensätze verneint, doch Koirala spricht andererseits öffentlich von der Möglichkeit, bei den nächsten parteiinternen Wahlen im März-April gegen Bhattarai um den Parteivorsitz zu konkurrieren. Beobachter räumen Koirala gute Chancen ein. Doch die Anti-Koirala-Fraktion innerhalb des 'Nepali Congress' ist nach wie vor stark, so daß seine Wahl zum Parteichef die Partei in die Nähe der Spaltung rücken könnte. Seine Gegner werfen Koirala vor allem vor, 1994 die Regierung den Kommunisten geradezu "auf dem Sil-

bertablett serviert zu haben".

Die beiden kleineren Koalitionspartner der 'Congress-Partei' - RPP und NSP - befinden sich ebenfalls in parteiinternen Auseinandersetzungen, die jedoch weniger gravierend sind. Doch beide haben ein zu deutliches Interesse am Machterhalt: Ein Scheitern der Regierung aufgrund der Machtkämpfe innerhalb des 'Congress' würde ihnen den unschätzbaren Vorteil verschaffen, als einzige "funktionsfähige" Regierungsparteien dazustehen - zumal da nach der Verfassung die derzeitige Regierung die dann fälligen Neuwahlen vorbereiten muß.

Obwohl Madhav Kumar Nepal vor einiger Zeit erklärte, daß seine Partei, die CPN-UML, jederzeit wieder die Macht erlangen könnte, glaubt unter den gegenwärtigen Umständen niemand ernsthaft an diese Möglichkeit. Neutrale Beobachter prognostizieren für die nächsten beiden Jahre ein Überleben der Regierungskoalition. Der Drei-Parteien-Allianz droht einzig in der Phase der in 18 Monaten stattfindenden Lokal- und Regionalwahlen eine innere Zerreißprobe. Zu dieser Zeit wird das Problem der Anpassung der Mandate aufkommen, wie viele befürchten. Der 'Congress', als größte Gruppierung, wird möglicherweise die Sitze ausschließlich für sich beanspruchen wollen. Für die RPP und die NSP wird erwartet, daß sie ihre Position auf der lokalen Ebene auszubauen versuchen, indem sie die NC überreden, einige Sitze aufzugeben. Wenn die Koalitionsmitglieder bei der Kompromißfindung scheitern, wird die Regierung zurücktreten müssen.